

Presseinformation

Nr. 078 / 2014

Kiel, Montag, 24. Februar 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Nord-Ostsee-Kanal

Christopher Vogt: Landesregierung darf der Bundesregierung das Schneckentempo am Nord-Ostsee-Kanal nicht durchgehen lassen

Zu den aktuellen Äußerungen des Bundesverkehrsministeriums über den Nord-Ostsee-Kanal erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die aktuellen Äußerungen aus dem Bundesverkehrsministerium zum Nord-Ostsee-Kanal sind völlig inakzeptabel und machen den Koalitionsvertrag von Union und SPD schon jetzt zur Makulatur. Man muss sich angesichts der nach wie vor prekären Lage am Kanal über diese Gelassenheit und Behäbigkeit im Bundesverkehrsministerium wirklich wundern. Die Sanierung und der Ausbau des Kanals wurden lange genug verschleppt. Die Geduld ist wirklich aufgebraucht. Jetzt müssen den vollmundigen Ankündigungen aus dem Wahlkampf schnellstmöglich auch weitere Taten folgen. Der Bund muss endlich das notwendige Fachpersonal für die bevorstehenden Aufgaben einstellen.

Ein wenig Hoffnung macht immerhin die Ankündigung, dass Bundesverkehrsminister Dobrindt am Freitag den Kanal besuchen wird. Hoffentlich wird er dabei die Erkenntnis gewinnen, dass das Vorgehen seines Ministeriums bei der Sanierung und beim Ausbau des Kanals angesichts des Sanierungs- und Investitionsstaus eine sträfliche Vernachlässigung der Hauptschlagader der maritimen Wirtschaft Deutschlands darstellt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals für den Norden scheint in Berlin immer noch lediglich Expertenwissen zu sein.

Die Landesregierung darf der Bundesregierung dieses Schneckentempo am Kanal nicht durchgehen lassen. Ministerpräsident Albig hat für die SPD den verkehrspolitischen Teil des Koalitionsvertrages mitverhandelt und die Landes-SPD stellt mit Ralf Stegner nun immerhin den sechsten stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden. Die SPD

ist hier in der Pflicht und muss darauf drängen, dass zumindest die sinnvollen und für den Norden unverzichtbaren Vereinbarungen des Koalitionsvertrages auch ernst genommen werden. Albig und Stegner müssen ihren bundespolitischen Einfluss hier geltend machen, zumindest haben sie jetzt die große Chance zu beweisen, dass es ihn überhaupt gibt.

Auch wenn es sich beim Kanal um eine Bundeswasserstraße handelt, für die der Bund allein Verantwortung trägt, möchten wir erneut eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein und ggf. auch Hamburg anregen, um die einzelnen Schritte zur Sanierung und zum Ausbau des Kanals fest zu vereinbaren und nach Kräften voranzutreiben.“